

EINGANG GR 18.03.2026			
GRG Nr.	24	EA-119	286

Nicole Zeitner
GLP
Liebenackerstrasse 6
9507 Stettfurt

Thomas Leu
FDP
Bachstrasse 17
8268 Mannenbach-Salenstein

Marc Rüdüsüli
Die Mitte
Hochwachtstrasse 24
8370 Sirnach

Alessandra Biondi
SP
Thundorferstrasse 29
8500 Frauenfeld

Alexander Sigg
GLP
Weidenweg 10
8360 Wallenwil

Sandra Reinhart
GRÜNE
Fischenhölzlistrasse 1A
8580 Amriswil

Einfache Anfrage

«Wegfall von Schengen/Dublin: Folgen für Asylkosten, die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität sowie die innere Sicherheit im Kanton Thurgau»

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die Mehrkosten, die auf den Kanton Thurgau entfallen, wenn keine Dublin-Überstellungen von Asylsuchenden mehr möglich wären und damit die Verfahren länger dauern und mehr Personen länger im kantonalen Asylsystem verbleiben?
2. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die Mehrkosten im Asylbereich, wenn der Zugriff auf die gemeinsamen Informationssysteme wie Eurodac, SIS und VIS, wegfällt?
3. Wie relevant ist aus Sicht des Regierungsrats eine reibungslose polizeiliche Zusammenarbeit für die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und die innere Sicherheit?
4. Welche Folgen hätte eine Einschränkung der Polizeizusammenarbeit, wie bspw. eine Einschränkung des Zugriffs auf SIS?
5. Mit welchem zusätzlichen Personalbedarf rechnet der Regierungsrat, falls die entstehende «Sicherheitslücke» aufgrund der erschwerten internationalen Zusammenarbeit kompensiert werden müsste?

Begründung

Die Schengen- und Dublin-Abkommen regeln die Zusammenarbeit der Schweiz mit den EU- und EFTA-Staaten im Bereich Asyl, Grenzkontrollen und polizeiliche Zusammenarbeit. Dank Schengen/Dublin können Asylsuchende, die bereits in einem anderen Schengen-Staat ein Asylgesuch gestellt haben, in den zuständigen Staat überstellt werden. Bei einem Wegfall wären solche Überstellungen nicht mehr möglich; sämtliche

Asylgesuche müssten materiell geprüft werden. Gleichzeitig würde der Zugriff auf zentrale europäische Datenbanken wie Eurodac wegfallen, was den administrativen Aufwand zur Abklärung von Zuständigkeit und Identität deutlich erhöhen würde. Dies hätte insbesondere im Asylbereich, bei Grenzkontrollen und im Vollzug erhebliche Mehrkosten zur Folge und beträfe Kantone und Gemeinden direkt.

Das Schengen-Assoziierungsabkommen regelt ausserdem die polizeiliche Zusammenarbeit. Zentrales Instrument ist das Schengener Informationssystem (SIS), eine gemeinsame Fahndungsdatenbank für Personen und Gegenstände und ein wichtiges Mittel im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität.

Ein Wegfall oder eine Einschränkung dieser Abkommen hätte direkte Auswirkungen auf die Kantone, insbesondere im Asylbereich, bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und bei der inneren Sicherheit. Die Annahme der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» (Nachhaltigkeitsinitiative) birgt das Risiko, dass Schengen/Dublin blockiert wird oder nicht mehr einwandfrei funktioniert.

Eine Studie im Auftrag des Bundes schätzte die Mehrkosten eines Wegfalls beim Bund von Schengen/Dublin allein im Asylbereich auf 353 bis 1'332 Mio. Franken pro Jahr. Die zusätzlichen Kosten für die Kantone sowie die sicherheitspolitischen Folgen eines Wegfalls der Polizeizusammenarbeit wurden allerdings nicht berücksichtigt.

Frauenfeld, 18. März 2026



Nicole Zeitner



Thomas Leu



Marc Rüdüsüli



Alessandra Biondi



Alexander Sigg



Sandra Reinhart